

Bischofssynode für Europa, die vom 28. November bis 14. Dezember dieses Jahres in Rom über Herausforderungen und Chancen für die katholische Kirche im grundlegend veränderten Europa beraten wird. Ziemlich genau ein Jahr nach der überraschenden Ankündigung einer Europa-Synode durch den Papst bei seinem Besuch im mährischen Wallfahrtsort Velehrad (vgl. HK, Juni 1990, 253 ff.) legte das römische Synodensekretariat einen *Vorbereitungstext* für die Zusammenkunft im Spätherbst vor. Dem Dokument waren siebzehn *Fragen* beigegeben, auf die die europäischen Bischofskonferenzen bis Mitte August antworten sollen. Sie beziehen sich auf die Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Europa, auf Chancen und Schwierigkeiten der neuen Evangelisierung und auf den Austausch zwischen den Ortskirchen im West- und Ostteil des Kontinents. Das Material aus dieser Konsultation wird dann den Grundstock für die Synodenarbeit bilden.

Kurz vor Bekanntgabe des Vorbereitungsdokuments und des Fragenkatalogs tagte in Mailand eine außerordentliche Vollversammlung des *Rates des Europäischen Bischofskonferenzen*, bei der es ebenfalls um die Vorbereitung der Sondersynode ging. Der CCEE erarbeitete seinerseits einen Text mit thematischen Perspektiven für die Europasynode, der nach der endgültigen Fertigstellung dem Synodensekretariat wie den Bischofskonferenzen zugeleitet wird. Während es in der ersten Phase der Synodenvorbereitung so schien, als wolle man in Rom die Vertretung der europäischen Bischofskonferenzen bei den Planungen weitgehend unberücksichtigt lassen, hat sich inzwischen eine kooperative Linie zwischen CCEE und Synodensekretariat durchgesetzt.

Im Mittelpunkt des CCEE-Papiers steht nicht zufällig der Leitgedanke der *Freiheit*: Der Ruf nach politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Freiheit war entscheidendes Movens für den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa. In ganz Europa stellt sich jetzt die Frage

nach dem Umgang mit der neu gewonnenen oder in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger selbstverständlich gewordenen Freiheit. Auch das Vorbereitungspapier des Synodensekretariats beschreibt die Wende im bisher kommunistisch beherrschten Europa als ein Befreiungsgeschehen für die Menschen und auch für die Kirche und spricht von einem „großen Verlangen nach Freiheit, Glück und menschlichem Wohlergehen“, das heute in allen Ländern Europas anzutreffen sei. Die Kirche, so heißt es weiter, biete den europäischen Völkern vor allem ihre Bemühungen um die Erziehung des Menschen zur authentischen Freiheit durch die Evangelisierung an.

Bei der Verhältnisbestimmung von christlicher Freiheit und neuzeitlicher Freiheitsgeschichte werden in der katholischen Kirche derzeit die Akzente unterschiedlich gesetzt, was sich zweifellos auch auf der Synode Ende dieses Jahres bemerkbar machen wird: Auf der einen Seite ist man um eine grundsätzlich positive, wenn auch nicht unkritische Würdigung der von der Kirche lange mit äußerstem Mißtrauen begleiteten europäischen Freiheitsgeschichte bemüht und setzt darauf, daß die Kirche gerade unter den Bedingungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Freiheit gute Chancen für die Verkündigung ihrer Botschaft hat und deshalb nicht vergangenen Modellen einer Zuordnung von Kirche, Staat und Gesellschaft nachhängen darf. Auf der anderen Seite betont man eher die zerstörerischen oder zumindest problematischen Begleiterscheinungen oder Folgewirkungen des modernen Freiheitsverständnisses („Konsumismus“, „Materialismus“, Bindungslosigkeit) und sieht die christliche Botschaft von der wahren Befreiung mehr als notwendiges Korrektiv gegenüber solchen Auswüchsen.

Mit seinen Tagungen über Säkularisierung und Evangelisierung in Europa hat der Rat der europäischen Bischofskonferenzen wichtige Beiträge für eine unbefangene Wahrnehmung der modernen Gesellschaft und ihres Umgangs mit der Freiheit wie für die

Haltung der Kirche in diesem Kontext geliefert. Kurz vor der Europasynode findet im spanischen Wallfahrtsort Santiago de Compostela die nächste europäische ökumenische Begegnung zwischen dem CCEE und der Konferenz der Europäischen Kirchen statt, bei der es im Austausch über die Konfessionsgrenzen hinaus um Evangelisierung im neuen Europa gehen wird.

Auch auf der Europasynode werden die *nichtkatholischen Kirchen* vertreten sein, durch fünfzehn Vertreter, die Rederecht im Plenum haben und an der Arbeit der Sprachzirkel teilnehmen können.

Vielleicht lassen sich durch die Begegnung von Santiago wie durch die Europasynode auch manche *Irritationen* dämpfen, die im Zusammenhang mit der katholischen Rede von der Neuevangelisierung Europas in der Zeit seit der „Wende“ vor allem auf protestantischer Seite entstanden sind. Eine der Fragen, die das Synodensekretariat den Bischofskonferenzen zur Synodenvorbereitung stellt, lautet: „Welches sind in Europa die vorrangigen ökumenischen Aufgaben im Kontext der neuen Evangelisierung?“ Eine entscheidende Aufgabe in diesem Zusammenhang dürfte sein, daß sich die christlichen Kirchen in aller Ehrlichkeit bemühen, Ressentiments abzubauen und bei allen Unterschieden in Tradition, Struktur und Selbstverständnis möglichst gemeinsam an der Gestaltung des neuen Europa mitzuarbeiten. ru

Einsicht?

Nach dem Treffen der Schweizer Bischöfe mit dem Papst

Um die durch die Amtseinsetzung von *Wolfgang Haas* zum Bischof von Chur entstandenen und durch seine ersten Amtshandlungen verschärften Spannungen abzubauen, hat sich die Schweizer Bischofskonferenz am 29./30. April mit Papst Johannes Paul II. und den Verantwortlichen von sieben Dikasterien der Römischen Kurie getroffen. Ursprünglich war

vorgesehen, zur Sommervollversammlung im Vatikan zusammenzukommen, nachdem die Vermittlungsbemühungen einer Gesprächsgruppe der Bischofskonferenz gescheitert waren (HK, April 1991, 194). Nach dem Treffen veröffentlichten der Präfekt der Kongregation für die Bischöfe und der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz eine gemeinsame Erklärung („Déclaration conjointe“), die vom unmittelbaren Anlaß in einer Weise spricht, die den Bischof von Chur einseitig in Schutz nimmt. Der Heilige Stuhl erwarte von den Schweizer Bischöfen, „daß sie mit dem Bischof von Chur zusammenarbeiten, um die volle Eintracht innerhalb der Diözese und mit deren rechtmäßigem Hirten wiederherzustellen“.

Auffallend ist ferner, daß unter den in der Erklärung genannten Gesprächsgegenständen der Streit um den Bischof von Chur nur angedeutet ist. Die Bischöfe hätten „eine gewisse Anzahl von Problemen der Glaubenslehre eingehend besprochen, die zur Zeit Gegenstand von Diskussionen und Auseinandersetzungen in ihren Diözesen sind. Dazu gehören z. B. Fragen im Zusammenhang mit dem Unterricht an den Theologischen Fakultäten, mit der Ausbildung der Seminaristen, mit den Anforderungen der Ökumene, mit der liturgischen Praxis, mit dem besonderen Auftrag der Priester sowie der Pastoralassistenten und -assistentinnen, und schließlich ganz allgemein die schon lange bestehenden Ursachen der gegenwärtigen Spannungen innerhalb der Kirche in der Schweiz, insbesondere in der Diözese Chur und darüber hinaus.“

Damit sind verschiedene Ebenen der Auseinandersetzungen im Bistum Chur und um den Bischof von Chur angesprochen und ausgelassen. Anfänglich drehte sich der Streit fast ausschließlich darum, ob durch die Ernennung konkordatäres Recht verletzt worden sei. In dieser Frage halten die Römische Kurie wie die Schweizer Bischofskonferenz daran fest, daß Wolfgang Haas der rechtmäßige Bischof von Chur ist und

daß sich für die Bischofskonferenz daraus ergibt, ihn in die „affektive und effektive“ Kollegialität einzubeziehen. Die hierbei zutage getretene Schwierigkeit wird indes weder in der Erklärung angesprochen noch in der Öffentlichkeit recht zur Sprache gebracht: die *Persönlichkeit* von Wolfgang Haas.

Diese war und ist denn wohl auch die wichtigste Ebene der Auseinandersetzung. Haas stieß, wie der Kirchenhistoriker *Victor Konzemius* vorsichtig formuliert, beim größeren Teil des Kirchenvolkes auf Ablehnung „wegen der Voraussetzungen, die er mitbrachte bzw. die ihm abgingen“, so daß „eine moderate Persönlichkeit, ins Bischofsamt berufen, keine solche Polarisierung hervorgerufen hätte“. Nach unglücklichen Personalentscheidungen – das von der „Neuen Zürcher Zeitung“ gesprochene Urteil, er gehe mit den Seinen um wie die Axt im Wald, wurde zum geflügelten Wort – trugen vor allem Äußerungen von Haas zur inneren Situation der katholischen Kirche in der Schweiz dazu bei.

Verschiedentlich warf er dieser Kirche vor, zum einen einen Sonderweg zu gehen, der sie zum andern von der Weltkirche wegführe. Als Momente dieses kirchlichen „Sonderfalles Schweiz“ nannte Haas die Bußgottesdienste mit Kollektiv-Absolution, die Öffnung der Priesterseminarien von Chur und Luzern für Laientheologen, Willkür im Bereich der Ökumene (eucharistische Gastfreundschaft im allgemeinen und bei ökumenischen Trauungen im besonderen) sowie den Predigteinsatz von Pastoralassistenten und Pastoralassistentinnen sowie ihr Einsatz als pfarreiliche Bezugspersonen.

Damit sind unterschiedliche Dinge angesprochen, die von Bischof Haas vermengt werden: neue pastorale Wege, die mit der Römischen Kurie abgesprochen sind (für die Bußgottesdienste gibt es seit 1989 verbindliche Partikularnormen), neue pastorale Wege, über die die Bischofskonferenz mit den entsprechenden Dikasterien im Gespräch ist, sowie Eigenmächtigkeiten von Seelsorgern

und Laien, die von den Bischöfen ausdrücklich mißbilligt werden.

In bezug auf neue pastorale Wege, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind, ist erheblich, daß Bischof Wolfgang Haas wie auch der Tessiner Bischof *Eugenio Corecco* die kirchliche Situation anders einschätzen als die Mehrheit der Bischöfe und wohl auch der größere Teil des Klerus. In der Erklärung nach dem römischen Treffen heißt es denn auch: „Im Lauf der Diskussion sind Unterschiede in der Bewertung und Beurteilung bestimmter örtlicher Situationen zutage getreten.“ Die Einschätzung der kirchlichen Situation durch Bischof Haas ist in zweifacher Hinsicht belastend: Zum einen verunmöglicht er, im Rahmen der Deutschschweizerischen Ordinarienkonferenz (DOK) gemeinsame pastorale Richtlinien für die deutschsprachige Schweiz zu verabschieden. Zum andern verbreitet er eine Art von Mißtrauen, die den Rechtskatholizismus in der Schweiz dazu gebracht hat, ihn als den noch einzigen dem Papst wirklich gehorsamen Bischof zu feiern. Es ist deshalb bedeutsam, daß in der gemeinsamen Erklärung nach dem Rombesuch festgehalten wird, daß alle Bischöfe „in vollkommener Einheit mit Papst Johannes Paul II. im Geiste gegenseitigen Verständnisses und kirchlicher Brüderlichkeit“ die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden entschlossen sind.

Die Schweizer Bischöfe haben den Heiligen Stuhl gebeten, „ihnen beim Abbau dieser Spannungen zu helfen“, und der Heilige Stuhl hat sich bereit erklärt, „nach möglichst wirksamen Mitteln“ zu suchen, um dieser Bitte zu entsprechen. In einem Rundfunk-Interview erklärte Bischof *Joseph Candolfi* als Präsident der Bischofskonferenz, Rom werde jetzt helfen und einen ersten Schritt machen. „Die Schweizer Katholiken begnügen sich nicht mit schönen Worten, sie erwarten konkrete Schritte.“ Daß Johannes Paul II. und auch einige Kurienverantwortliche nun den Ernst der Lage wirklich verstanden haben, war nach der Begegnung in Rom auch vom Sekretär der Bischofskonferenz zu hören. we